

## RWE kauft Reststrommengen Schonfrist für Biblis

**RWE hat eine Lücke zur Verlängerung für Deutschlands ältestes Atomkraftwerk gefunden. Beim Konkurrenten Eon kauft der Stromkonzern Laufzeitrechte für Biblis A ein. Der Deal löst heftige Kritik aus. Dem Geschäft dürfte aber nichts im Wege stehen.**

VON JOACHIM WILLE



Demonstration (Bild: Michael Schick)

Die vom Stromkonzern RWE beim Konkurrenten Eon "eingekaufte" Laufzeitverlängerung für das älteste deutsche Atomkraftwerk Biblis A hat bei Opposition und Umweltverbänden heftige Kritik ausgelöst. Sie forderten Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) auf, die dem Deal zugrundeliegende Strommengen-Übertragung zu untersagen.

Das Laufzeit-Geschäft dürfte aber wohl durchgehen. Nach einer "ersten Einschätzung" gebe es "kein rechtliches Hindernis", hieß es im Umweltministerium. Eon und RWE hatten am Sonntagabend den umstrittenen Deal offiziell bekanntgegeben.

Die E-Mails dazu trafen um 18 Uhr respektive 18.05 Uhr ein - just nach Schließung der NRW-Wahlurnen. Wenn das Taktik war - geholfen hat es nicht. Durch die Abwahl von Schwarz-Gelb und die daraus resultierende neue Bundesratsmehrheit sind die Chancen für eine generelle AKW-Laufzeitverlängerung stark gesunken.

RWE hat bei Eon Stromkontingente erworben, die 2003 bei der vorzeitigen Stilllegung des norddeutschen Eon-AKW Stade "übrig" geblieben waren - 4,8 Terawattstunden. Sie sollen nun auf Biblis A übertragen werden - ein Verfahren, das der Atomkonsens von 2000 grundsätzlich ermöglicht. Biblis A könnte damit bei voller Leistung ein halbes Jahr länger laufen, sagte ein Sprecher von RWE Power der FR. Derzeit hat Biblis A noch ein eigenes Stromkontingent von rund vier Terawattstunden. Das AKW könnte bei Vollast also bis April 2011 am Netz bleiben, bei gedrosselter Leistung - wie im Moment - bis Frühjahr 2012.

Über die Kosten des Stade-Biblis-Deals vereinbarten Eon und RWE Stillschweigen. Insider schätzen jedoch, dass es sich um eine zweistellige Millionensumme handelt. Der Biblis-Betreiber nennt als Grund für das teure Geschäft, man wolle sicherstellen, "dass vor dem Vorliegen des Energiekonzepts und einer (...) Rücknahme der Laufzeitverkürzung keine Fakten geschaffen werden" - das Kraftwerk also, wie im Atomkonsens vorgeschrieben, noch im laufenden Jahr abgeschaltet wird. Die veränderte Lage nach der NRW-Wahl wollte der Konzernsprecher "nicht bewerten". Man warte ab.

Die Opposition im Bundestag greift RWE scharf an. SPD-Umweltexperte Ulrich Kelber (SPD) sagte der FR: "Röttgen muss verhindern, dass das älteste und unsicherste AKW am Netz bleibt." Sein hessischer Kollege Norbert Schmitt kritisierte die Bekanntgabe des Biblis-Handels nach Ende der NRW-Wahl. Das zeige, wie der Konzern das Image der Laufzeitverlängerung einschätze "und wie schlecht sein Gewissen bei dieser Manipulation des Atomkonsenses ist". Die Hessen-Grünen kritisierten, RWE gefährde die Biblis-Anwohner immens. Die Bürgermeisterin von Biblis, Hildegard Cornelius-Gaus (parteilos), begrüßte hingegen den RWE-Vorstoß.

Experten streiten darüber, ob die "Lebensverlängerung" von Biblis juristisch zulässig ist. Besonders schwierig: die Auslegung der "Anlage 2" zum Atomkonsens. Darin akzeptiert der Bund den Verzicht auf verschärfte Auflagen zur Sicherheitsnachrüstung - "unter der Voraussetzung einer Erklärung des Betreibers, auf eine Übertragung von Energiemengen auf Biblis A zu verzichten".

RWE teilte mit, dieser Passus sei "nicht zum Tragen gekommen". Man habe eine Reihe von Nachrüstungsmaßnahmen in der Zuständigkeit des hessischen Umweltministeriums durchgeführt. Der Umweltverband BUND aber argumentiert, dieser Passus habe RWE sicherheitstechnische Nachrüstungen in



dreistelliger Millionenhöhe erspart. Biblis A sei weder gegen Flugzeugabstürze noch gegen Terroranschläge geschützt.

Ob Schwarz-Gelb die geplanten generellen Laufzeitverlängerungen noch durchsetzen kann, ist fraglich. "Die wird es nicht mehr geben", sagt SPD-Mann Kelber. Die Grünen-Politikerin Sylvia Kötting-Uhl sagt: "Röttgen hat mehrfach bekundet, dass ein neues Atomgesetz im Bundesrat zustimmungspflichtig sein wird." Dann gäbe es nun keine Mehrheit mehr dafür. Doch gibt es in Teilen der Union offenbar auch Überlegungen, eine Novelle so zu stricken, dass der Bundesrat außen vor bliebe. **Kommentar**

Empfehlen via:  Twitter  Facebook  StudiVZ  MySpace

Gefällt mir

200 Personen gefällt das.

[ document info ]

Copyright © FR-online.de 2010

Dokument erstellt am 10.05.2010 um 17:34:09 Uhr

Letzte Änderung am 10.05.2010 um 19:28:42 Uhr

Erscheinungsdatum 10.05.2010 | Ausgabe: d

URL: [http://www.fr-online.de/in\\_und\\_ausland/wirtschaft/debatte\\_die\\_energie\\_der\\_zukunft/?em\\_cnt=2632660&em\\_loc=3879](http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wirtschaft/debatte_die_energie_der_zukunft/?em_cnt=2632660&em_loc=3879)